

# Arbeit an Neubaugebiet am Wulfsdorfer Weg soll 2014 starten

Gemeindevertretung fordert vom Land Erhalt der Polizeistation Probsteierhagen – Resolution gegen Reaktivierung der Bahnstrecke Schönberg-Kiel beschlossen

**Probsteierhagen.** Die Gemeindevertretung Probsteierhagen hat die Weichen für das geplante Neubaugebiet am Wulfsdorfer Weg gestellt. In Resolutionen werden außerdem der Erhalt der Polizeistation und ein Planfeststellungsverfahren für die Gesamtstrecke der „sehr kritisch“ gesehenen Reaktivierung der Bahnstrecke Kiel-Schönberg gefordert.

„Wir gehen jetzt davon aus, dass es Mitte nächsten Jahres losgehen könnte“, erklärte Bürgermeister Klaus Robert Pfeiffer zum Neubaugebiet.

Wie berichtet, plant die Gemeinde ein Neubaugebiet mit 20 Wohneinheiten. Sowohl die dafür notwendige Aufstellung der Änderung des Flächennutzungsplanes wie auch des Bebauungsplanes für das Gebiet „östlich des

Wulfsdorfer Weges, südlich der Straße Kellerrehm und nördlich der Straße Seeblick“ wurden einstimmig beschlossen. Bisher ist der Bereich im Flächennutzungsplan noch als landwirtschaftliche Nutzfläche dargestellt. Weil das geplante Wohngebiet unmittelbar an der Kreisstraße 31 liegt, ist auch ein Schallgutachten erforderlich. Beschlossen wur-

de außerdem ein Innenbereichsgutachten, um nachzuweisen, dass im Ort keine ausreichenden Baugrundstücke mehr vorhanden sind, um den Wohnbedarf zu decken.

Bei einer Enthaltung wurde die von der CDU vorgelegte Resolution beschlossen, in der das Land aufgefordert wird, „die bürgernahe und bewährte Betreuung durch die Polizei im ländlichen

Raum zu erhalten und von der Auflösung der Polizeistation Probsteierhagen abzusehen“.

Die ebenfalls von der CDU vorgelegte Resolution gegen die Reaktivierung der Bahnstrecke wurde nach einer Änderung einstimmig beschlossen. Weil die SPD gegen eine Ablehnung der Reaktivierung war, heißt es jetzt in der Resolution, der Gemeinderat

„sieht die Reaktivierung der Bahnstrecke Schönberg-Kiel-Schönberg sehr kritisch und fordert für den Bereich des Amtes Probstei ein ganzheitliches ÖPNV-Konzept“. Gefordert wird in der Resolution außerdem ein Planfeststellungsverfahren für die Gesamtstrecke sowie eine detaillierte Kostenaufstellung über die von der Gemeinde zu tragenden Kosten. chr